

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 134. Ratssitzung vom 10. März 2021

3671. 2020/445

Weisung vom 21.10.2020:

**Stadtentwicklung, Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing, Beiträge
2020–2023**

Antrag des Stadtrats

Der Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing wird für die Jahre 2020–2023 ein wiederkehrender Beitrag von Fr. 250 000.– pro Jahr bewilligt.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

Stefan Urech (SVP): *Erhielten Sie schon einmal ein E-Mail von einem algerischen Prinzen, der dringend 1000 Franken braucht und verspricht, dass Sie in drei, vier Jahren das Zehnfache zurückerhalten? Ähnlich wie dieses E-Mail kommt die Weisung GR Nr. 2020/445 daher: In den nächsten vier Jahren sollen wir insgesamt 1 Million Franken an die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing (GZA) sprechen. Uns wird versprochen, dass rund sechzehn Mal mehr in Form von Steuereinnahmen zurückkommen wird. Im Gegensatz zum angesprochenen E-Mail vom algerischen Prinzen empfiehlt die Kommission aber nicht, die Weisung in den Spam-Ordner zu verschieben, sondern der Weisung zuzustimmen. Sie mögen sich fragen, wie ein solcher Return on Investment von sechzehn zu eins möglich ist. Das Geheimnis der GZA liegt in einem erfolgreichen und nachhaltigen Standortmarketing. Das Standortmarketing ist die systematische Kooperation aller Verantwortlichen einer Region mit dem Ziel, den Wirtschaftsraum im internationalen Wettbewerb ideal zu positionieren. Ein weiteres Ziel ist das Endziel, die Unternehmen anzusiedeln, die den Standort Zürich und Region nachhaltig verbessern. Der angesprochene Wirtschaftsraum geht über die Stadtgrenzen und sogar über die Kantonsgrenzen hinaus. Der Wirtschaftsraum kennt keine politischen Grenzen. Insgesamt sind elf Mitglieder der öffentlichen Hand in der Stiftung GZA vertreten: Das geht von den Kantonen Glarus, Graubünden, Schaffhausen über Zug bis zum Tessin. Wichtig zu erwähnen ist auch, dass die GZA nicht nur mit der öffentlichen Hand verhandelt und vermittelt. Sie ist auch stets im Kontakt mit akademischen Forschungsinstitutionen wie der ETH und der Universität Zürich. Die vier wichtigsten Schritte der GZA sind Targeting, Networking, Marketing und Consulting. Mit diesen vier Grundsritten werden neue Unternehmen angesiedelt. Es sind nicht beliebige Unternehmen. Das Augenmerk wird auf nachhaltige Unternehmen, die langfristig denkend, krisenresistent und vor allem Steuereinnahmen generierend sind. Das Büro Ernst & Young (EY) evaluierte die Arbeit der GZA. Die Analyse untermauert den Erfolg der Greater Zurich Area. Sie trägt gemäss der Evaluation positiv zur nachhaltigen und qualitativen Entwicklung der Metropolitanregion Zürich bei. In Anbetracht der bevorstehenden, immensen Steuerausfälle im Zusam-*

menhang mit der Corona-Krise ist die Investition in die GZA umso wichtiger. Wir bewegen uns auf eine Krise zu oder befinden uns bereits in einer Krise, in der viele Arbeitsplätze auf der Kippe stehen. Umso wichtiger ist, dass jemand uns den Rücken freihält. Das Geld, das wir jede Woche hier verteilen, muss von einem Ort kommen. Die GZA berichtete in der Kommission detailliert über ihre Tätigkeit. Die Stiftung zeigte uns zwei Beispiele von Unternehmen, die angesiedelt wurden. Sie beantwortete sehr viele Fragen vor allem auch zum Thema Nachhaltigkeit.

Kommissionsminderheit:

Urs Riklin (Grüne): Es geht mir ähnlich wie dem Kommissionspräsidenten. Seit ich im Gemeinderat vertreten bin, erhalte ich jeden Tag E-Mails, in denen mir Millionenkredite versprochen werden. Ein guter Tipp ist, keine Anhänge oder Links anzuklicken – für mich sind solche E-Mails Spam. Als Vertreter der Minderheit muss ich das auf diese Weisung übertragen. Mir entlockt diese Weisung grosses Erfreuen darüber, dass auch das Val Müstair, das Onsernonetal wie auch die Gemeinde Thayngen zur Greater Zurich Area gehören. Wir hörten heute bereits bei vorangehenden Weisungen, dass Wirtschafts- und Standortförderung durchaus Sinn ergeben und wichtig sind. Nichtsdestotrotz stehen wir Grünen wie auch die AL dieser Art von Standortförderung sehr kritisch gegenüber. Sie birgt zwei Arten von Risiken. Einerseits kann eine Verlagerung von Arbeitsplätzen von anderen Ländern in die Schweiz entstehen. Das befürworten wir nicht. Das zweite Risiko ist, dass ein «More of the same» generiert wird. Das heisst für mich, dass nur ein quantitatives und nicht ein qualitatives Wachstum angestrebt wird. Für uns Grüne ist es in der GZA von grosser Bedeutung, dass wir nicht schlichtweg eine zusätzliche Bank oder Firmen ansiedeln, auch wenn sie durchaus beispielsweise im ICT- oder im Drohnenbereich sehr innovativ sind und neue Arbeitsplätze schaffen können. Sie bringen uns jedoch in den Bereichen Nachhaltigkeit und nachhaltiges Wirtschaften zur Bewältigung der Probleme mit dem Klima und den Ressourcenverbrauch überhaupt nicht weiter. Wir empfinden es auch als eine Geldverschwendung, wenn wir auf dem politischen Weg den Boden für Firmen, die durchaus innovativ sind, in der Schweiz nicht attraktiv machen. Im Jahr 2014 wurde die Masseneinwanderungsinitiative angenommen, die es für Firmen in der Schweiz erschwert, qualifizierte Arbeitskräfte zu finden, womit die Attraktivität des Standorts gedämpft wird. Im Jahr 2018 wurde eine Kündigungsinitiative lanciert, die durchaus rechtliche Unsicherheit für international tätige Firmen auslöste. Wir beäugen auch sehr kritisch, welche Art von Firmen die Stiftung GZA nach Zürich holt. Uns wurde beispielsweise als sogenannte Ansiedlungsperele in der Stadt die grösste Bank von China genannt, die Industrial and Commercial Bank of China (ICBC). Es ist gut und recht, dass sie da ist; es gibt Gründe dafür. Aber gleichzeitig ist hier das Postulat GR Nr. 2020/363 hängig, das die Sistierung der Städtepartnerschaft mit Kunming anstrebt. Es sind politische Bestrebungen, die den Standort Schweiz sehr unattraktiv machen und ein schlechtes Image in anderen Ländern generieren. Dann fragen wir uns, wieso wir Gelder in die Standort- und Wirtschaftsförderung investieren sollen, wenn wir keine guten Voraussetzungen dafür schaffen, dass innovative Firmen in die Schweiz und insbesondere in die GZA kommen. Wir Grünen fordern, dass sich die GZA eine neue Strategie zurechtlegt und insbesondere Firmen im Bereich Cleantech

und Umwelt anzusiedeln versucht. Anhand der zahlreichen beantworteten Fragen konnten wir sehen, dass im Zeitraum 2014–2017 von 369 angesiedelten Firmen in der GZA nur 15 Firmen im Bereich Umwelt und Cleantech zu verordnen sind. Das sind lediglich vier Prozent der getätigten Ansiedlungen. Auch die AL zeigt Skepsis gegenüber der Weisung. Aus ihrer Sicht soll sich diese Art der Standortförderung selbst finanzieren und nicht von der öffentlichen Hand mitgetragen werden. Die Firmen können von den Dienstleistungen und Infrastrukturen profitieren, die von der Stadt geleistet werden. Bei der Ausrichtung der Auswahl der angesiedelten Firmen haben wir trotz der grosszügigen Mitfinanzierung kein politisches Mitspracherecht. Für uns ist nicht erklärbar, warum wir für die wenigen Firmen, die sich in der Stadt niederlassen, so viel bezahlen sollen, während der Kanton Zug, der jetzt erneut die Steuern für die nächsten zwei Jahre senkte, für deutlich mehr Ansiedlungen viel weniger bezahlt. Die Minderheit der SK PRD/SSD lehnt die Weisung ab und will das Paket an den Absender mit einer Neuausrichtung der Strategie zurückschicken. Dann können wir gerne nochmals darüber sprechen, wie wir die Standorts- und Wirtschaftsförderung in der GZA betreiben wollen.

Weitere Wortmeldungen:

Christian Huser (FDP): Seit dem Jahr 2000 erkannte der Gemeinderat den Nutzen des Standortmarketings für die Stadt und Zürich überwies mit seiner Zustimmung jährlich 250 000 Franken an die GZA. Das ist sehr sinnvoll. Darum ist insbesondere zu erwähnen, dass der Regionen in den Jahren von 2009 bis 2018 mehr als 350 Millionen Franken Einkommens- und Unternehmenssteuern zugeflossen sind. Der Aufwand dabei lag bei 59 Millionen Franken. Auch die Stadt Zürich profitiert als Zentrum des Wirtschaftsraums insbesondere von der GZA. Insgesamt sind 950 Unternehmen mit 8618 Mitarbeitenden, beziehungsweise 187 Firmen mit 1893 Beschäftigten, in der Stadt Zürich verankert. Insbesondere erfreulich zu erwähnen ist, dass die SP im Vergleich zur letzten Debatte nicht mehr die Stimmfreigabe beschloss, sondern jetzt der unveränderten Weisung des Stadtrats zustimmt. Angesiedelte Unternehmen profitieren von der wirtschaftlichen und politischen Stabilität, vom einfachen Zugang zum europäischen Markt, von hochqualifizierten Fachkräften, einem attraktiven Steuersystem und einer hervorragenden Infrastruktur. Die beiden Fraktionen der Grünen und der AL lehnen den Beitrag wieder ab. Dieses Jahr hörten wir eine andere Begründung. Das letzte Mal wurde die Ablehnung mit der Aussage begründet, dass es nicht sinnvoll sei, sich mit den strukturschwachen Kantonen und Regionen, die mit Abwanderungen zu kämpfen haben, zu organisieren. Dazu kam, dass sich Firmen sowieso in der Stadt Zürich ansiedeln wollen aufgrund der guten Lage, der sehr guten Infrastruktur, der ausgezeichneten Rahmenbedingungen und des attraktiven Wirtschaftsstandorts Zürich. Das hörten wir das letzte Mal, heute ist es ein wenig einfacher: Mit dem GZA landeten wir im Spam-Ordner und zusätzlich wird gefordert, dass Cleantech-Firmen mehr gefördert werden sollen.

Maya Kägi Götz (SP): Tatsächlich ist die GZA ein Thema, das uns in der SP immer wieder von Neuem umtreibt. Wenn wir dem Beitrag zustimmen, ist es unverändert ein kritisches Ja mit Vorbehalt, das weder neu noch aus der Welt ist. Die GZA ist eine überkantonale Struktur. Die Bündelung von Kräften im Bereich der Standortpromotion halten wir für sinnvoll und für vorteilhafter als eine kleinräumige Vorgehensweise. Umso mehr

ist es für uns zentral, das Standortmarketing in allen assoziierten Kantonen der GAZ für alle gemeinsam betrieben wird. Einzelne Regionen sollen nicht einen Extrazug fahren. Wir begrüssen, dass die GZA nach eigenen Aussagen keine aktive Abwerbung von internationalen Firmen betreibt und dass sich die Ansiedlung von Zweitniederlassungen offenbar als erfolgreich erweist. Dass sich die Fokusbranche der GZA in einer hohen Übereinstimmung mit der städtischen Strategie zur Entwicklung des Wirtschaftsraums Zürich bewegt, ist durchaus positiv, auch wenn wir generell eine stärkere Gewichtung von sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit einfordern. Ein weiterer sensibler Punkt ist, dass die GZA von privaten Trägern unterstützt wird, mit denen wir lieber nicht im gleichen Boot sitzen wollen. Dringlicher und ungelöst ist aus unserer Sicht der Umgang mit problematischen Playern aus dem asiatischen Raum – vor allem mit China, wo der Dialog für Menschenrechte praktisch als beendet betrachtet werden kann. Wir stellten in der Kommission viele Fragen zur Nachhaltigkeit. Primär stand jedoch der Nachweis der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit im Zentrum der Debatte und weniger die sozialen und ökologischen Fragen. Wir stimmen mit der Absicht zu, dass Zürich seine Stärke in die GZA einbringt und sich auch in unserem Sinn entwickeln und die GZA prägen kann.

Stefan Urech (SVP): *Als Mitglied der Kommission äussere ich mich zur Kritik der Grünen an den Beiträgen. Die Grünen sind Weltmeister im Geldausgeben: Für das Sozialwesen, das Kulturwesen, den Umweltschutz und vieles Weiteres wird Mittwoch für Mittwoch Geld ausgegeben. Wenn es um eine Subventionserhöhung der Stadt geht, ist sie teilweise sogar zu klein. Wenn es aber darum geht, Steuersubstrate zu generieren und die GZA zu unterstützen, werden sie plötzlich zum Rappenspalter und fragen sich, ob die Ausgaben nicht zu hoch sind. Stets wird von der Nachhaltigkeit und von noch mehr Nachhaltigkeit gesprochen. Immer mehr soll ausgegeben werden, während nicht dafür gesorgt wird, dass genügend Einnahmen generiert werden. Das ist weder nachhaltiges Denken noch nachhaltige Finanzpolitik.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Der Wirtschaftsraum Zürich gilt als sehr innovativer Wirtschaftsraum. Das sehen wir unter anderem regelmässig in internationalen Rankings wie dem World Talent Ranking oder dem European Innovation Scoreboard der EU. Was aber braucht es, damit ein innovatives und gründungsfreundliches Umfeld in einer Region wie Zürich entsteht und dass Zürich auch in schwierigen Zeiten einen attraktiven und anregenden Standort für in- und ausländische Unternehmen darstellt? Zentral ist eine gute Vernetzung von lokalen und internationalen Branchen vor Ort. Mit über 5000 internationalen Unternehmen, KMU und Start-ups sowie 50 000 Informatikspezialistinnen und -spezialisten ist der Wirtschaftsraum Zürich beispielsweise einer der wichtigsten Standorte für Informations- und Kommunikationstechnologie in Europa. Ein erfolgreiches Standortmarketing stützt sich auf eine klar definierte Strategie und auf eine Fokussierung, die Firmen sucht, die in den Wirtschaftsraum passen, damit die Ansiedlungspolitik einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik entspricht und zum Vorteil für die gesamte Standortregion wird. Die GZA fokussierte sich in der strategischen Neuausrichtung im Jahr 2011 auf innovative Firmen und Branchen, die zum Zürcher Wirtschaftsraum passen. Gemeinsam mit den Mitgliedskantonen und den Mitgliedsstädten präsentiert sie die*

GZA als eine einheitliche Region, die vom Bodensee bis zum Lago Maggiore reicht. Im Jahr 2019 konnte die GZA zusammen mit ihren Partnerinnen und Partnern 103 Unternehmen im Wirtschaftsraum Zürich ansiedeln. Das sind 21 weniger als im Vorjahr. Das zeigt den allgemeinen Trend, dass seit dem Jahr 2016 die ausländischen Direktinvestitionen in der Schweiz und seit dem Jahr 2018 im gesamten Europa zurückgehen. Die Aufgabe des Standortmarketings und der Organisation wurde schwieriger und vielfältiger. Umso wichtiger ist dabei die Qualität der Ansiedlungen, die realisiert werden können. Die 103 neuen Firmen schufen 40 Prozent mehr neue Arbeitsplätze, nämlich 651, als das im Vorjahr der Fall war. Die Ansiedlungsstrategie der Stiftung GZA erwies sich auch in der letzten Beitragsperiode als tragfähig und als nachhaltig. EY führte wieder eine umfassende Evaluation der Tätigkeit aus und belegte, dass die Organisation den Standort Zürich im internationalen Umfeld erfolgreich und professionell positioniert. Mit gezielten Ansprachen, mit der Akquisition von strategisch spannenden Unternehmen unterstützt die GZA die innovative Entwicklung und die wichtige Diversifizierung im Wirtschaftsraum Zürich. Das Standortmarketing der GZA ist auf Qualität ausgerichtet: Qualifizierte Arbeitsplätze und ein langfristiges Steuersubstrat für die gesamte Region. Die GZA leistet nach unserer Beurteilung gute und vor allem auch wichtige Arbeit. Gerade in der gegenwärtigen Situation, in der etwa Zehntausende von Arbeitsplätzen in der Region gefährdet sind, muss ein grosses Interesse an einer erfolgreichen Ansiedlungspolitik vorhanden sein. Wir schaffen so Arbeitsplätze und auch wertschöpfungsintensive Arbeitsplätze. Darum beantragt Ihnen der Stadtrat, den bisherigen Beitrag von jährlich 250 000 Franken bis ins Jahr 2023 weiterzuführen. Der Stadtrat ist bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen und sich mit der Frage auseinanderzusetzen, wie sich die Stiftung GZA künftig noch stärker der Nachhaltigkeit verpflichten kann. Die GZA nahm sich dem Thema bereits intensiv an und befindet sich aktuell in der Überarbeitung ihres Code of Conducts. Diese soll im Jahr 2021 abgeschlossen werden. Die Überprüfung der Beiträge kann als Anliegen in den Stiftungsrat eingebracht werden. Auch das gemeinsame Standortmarketing von Kantonen, von Städten und der GZA im Ausland im Sinn eines noch verstärkten Ressourcenpoolings ist ein wichtiges Element in der Strategie.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Sarah Breitenstein (SP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Maya Kägi Götz (SP), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP)

Minderheit: Urs Riklin (Grüne), Referent; Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 26 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



6 / 6

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing wird für die Jahre 2020–2023 ein wiederkehrender Beitrag von Fr. 250 000.– pro Jahr bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 17. März 2021 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 17. Mai 2021)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat